

# Soziales, Sicherheit

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2022 bei 17,1 % (Deutschland: 16,7 %).
- Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Niedersachsen stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 % (Deutschland: +7,4 %) hauptsächlich bedingt durch den Zuzug aus der Ukraine.
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr stieg in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12,4 % auf rund 40 100 (Deutschland: +11,7 %).

Wichtige Ergebnisse

## Jede und jeder Sechste in Niedersachsen 2022 armutsgefährdet

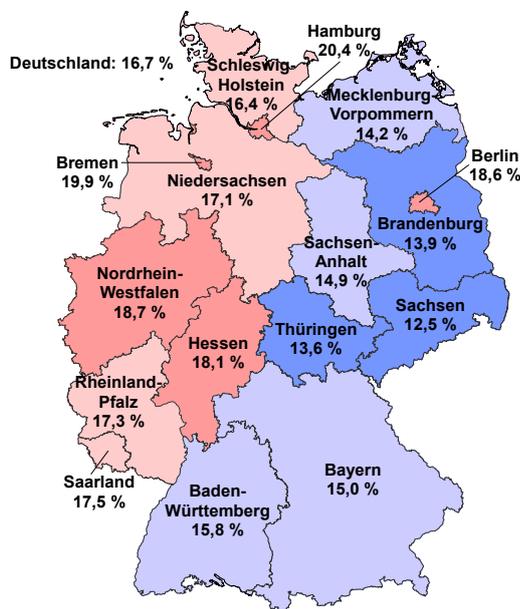
Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2022 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 167 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 452 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 518 Euro.

Mit 1,37 Millionen Menschen galt 2022 in Niedersachsen jede sechste Person als armutsgefährdet. Das entsprach einer Armutsgefährdungsquote von 17,1 %, die etwas über dem Bundesdurchschnitt (16,7 %) lag. Auf Länderebene war die Armutsgefährdungsquote in Sachsen mit 12,5 % am niedrigsten. Wie in den Vorjahren fielen 2022 auch in den übrigen ostdeutschen Flächenländern die Quoten niedriger aus als in den westdeutschen Ländern. Hier hatte Bayern (15,0 %) die niedrigste Quote. Die höchsten Anteile verzeichneten 2022 Hamburg (20,4 %), Bremen (19,9 %), Nordrhein-Westfalen (18,7 %) und Berlin (18,6 %).

## Armutsgefährdungsquote

T66

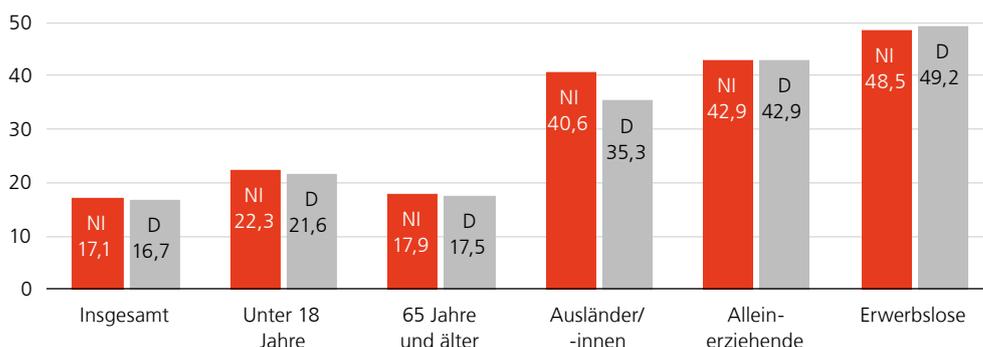
### Armutsgefährdungsquote (auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit) 2022 – Prozent –



Unter den Minderjährigen in Niedersachsen war 2022 mehr als jede fünfte Person (22,3 %) armutsgefährdet (Deutschland: 21,6 %). Die Quoten reichten auf Länderebene von 15,3 % in Sachsen bis 28,0 % in Bremen und fielen wie in den Vorjahren in allen Ländern höher aus als die Quoten für die Gesamtbevölkerung. Auch die Armutsgefährdung im Alter ab 65 Jahren war in Niedersachsen zum dritten Mal in Folge höher als die Quote für die Gesamtbevölkerung und lag 2022 bei 17,9 %, wobei die Quote bei den Frauen im Seniorenalter (20,0 %) deutlich höher war als bei den Männern (15,5 %).

Mit Blick auf die Familienkonstellationen waren auch 2022 Alleinerziehendenhaushalte besonders stark armutsgefährdet. Hier lag die Quote in Niedersachsen wie auch in Deutschland insgesamt bei 42,9 %. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wiesen im Vergleich zu denen ohne Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen eine 2,4-mal so hohe Armutsgefährdungsquote auf (30,4 % gegenüber 12,6 %); in Deutschland insgesamt war das Verhältnis ähnlich (28,1 % zu 12,1 %). Bei den Ausländerinnen und Ausländern, also Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, lag die Quote in Niedersachsen bei 40,6 % (Deutschland: 35,3 %). Unter den Erwerbslosen war 2022 fast jede zweite Person in Niedersachsen (48,5 %) und Deutschland insgesamt (49,2 %) armutsgefährdet.

■ **Armutsgefährdungsquoten 2022 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent –**



### Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T67

### Wieder mehr Menschen auf SGB II-Grundsicherung angewiesen

Nach dem Tief im Jahr 2021 stieg die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) in Niedersachsen im Dezember 2022 verglichen mit dem Vorjahresmonat deutlich an um 9,2 % auf gut 563 000. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl mit 7,4 % etwas weniger stark an auf 5,7 Millionen. Die Veränderungsspanne reichte von -1,3 % in Berlin bis +17,3 % in Bayern. Grund für den zumeist kräftigen Anstieg war die hohe Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine. Seit Juni 2022 haben Geflüchtete aus der Ukraine anstelle von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen Anspruch auf Sozialleistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII, wenn sie ihre Lebenshaltungskosten nicht selbst decken können. So gab es in Niedersachsen Ende Dezember 2022 insgesamt knapp 73 300 regelleistungsberechtigte Ukrainerinnen und Ukrainer im SGB II-Bezug, gegenüber gut 1 400 im Vorjahresmonat. Deutschlandweit erhöhte sich die Zahl von knapp 17 000 auf rund 670 000 Regelleistungsberechtigte.

Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung stieg im Dezember 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls an. In Niedersachsen vergrößerte sich die Quote um 0,6 Prozentpunkte auf 8,8 % (Deutschland +0,5 Prozentpunkte auf 8,5 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung stieg im selben Zeitraum in Niedersachsen um 1,5 Prozentpunkte auf 14,6 % (Deutschland: um 1,3 Prozentpunkte auf 14,0 %), dies war ebenfalls eine Folge der Fluchtmigration aus der Ukraine.

### Soziale Mindestsicherung

T68

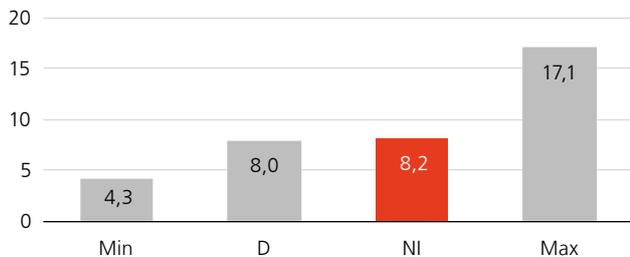
### Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2021 auf Tiefststand

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. Ende 2021 erhielten in Niedersachsen gut 655 000 Menschen Mindestsicherungsleistungen. Während im ersten Jahr der Coro-

na-Pandemie 2020 die Zahl noch leicht zunahm, verringerte sie sich binnen eines Jahres deutlich. Die Mindestsicherungsquote, die den Anteil der Leistungsbeziehenden an der Gesamtbevölkerung angibt, fiel 2021 in Niedersachsen um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 %. Beide Eckwerte, Anzahl und Quote, erreichten damit den niedrigsten Stand seit Beginn der Statistik 2006. Deutschlandweit sank die Quote 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 8,0 %. Die Spannweite reichte bei den Ländern von 4,3 % in Bayern bis 17,1 % in Bremen.

**■ Mindestsicherungsquote (Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung je Einwohnerin und Einwohner 31.12.) 2021 – Prozent –**



Nach dem Tiefststand im Jahr 2021 ist für 2022 wieder ein Anstieg der Zahlen zu erwarten. Zwar war bei Redaktionsschluss die Zahl der Regelleistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch nicht verfügbar. Aber auch ohne deren Berücksichtigung lag die Zahl der Leistungsbeziehenden bei den anderen Leistungsarten in Niedersachsen mit rund 675 000 Personen bereits um etwa 20 000 Personen über der Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden von 2021.

**Leichter Anstieg der Verbraucherinsolvenzen 2022**

Im Jahr 2022 gab es in Niedersachsen gut 9 500 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2021 einem Rückgang um 18,7 % entsprach. Die Zahlen des Basisjahrs 2021 (rund 11 700 Insolvenzen) sind jedoch wenig aussagekräftig, da viele überschuldete Personen 2020 auf das „Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens“ gewartet und erst 2021 einen Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens samt Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt haben werden. Gegenüber dem 2-Jahres-Durchschnitt 2020/2021, der bei rund 9 200 Verbraucherinsolvenzen lag, vergrößerte sich die Zahl 2022 um 3,1 %. Inwieweit die starken Preissteigerungen dazu führten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vermehrt ein Insolvenzverfahren beantragten, ist aus der Statistik explizit nicht ermittelbar. Die Quote der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag in Niedersachsen 2022 bei 11,8 (Durchschnitt 2020/2021: 11,6) und war damit abermals die zweithöchste im Vergleich der Länder (Deutschland 2022: 7,9; Durchschnitt 2020/2021: 7,3 %).

**Verbraucherinsolvenzen**

T69

**Stark steigende Zahl der pflegebedürftigen Bevölkerung**

**Pflegebedürftige**

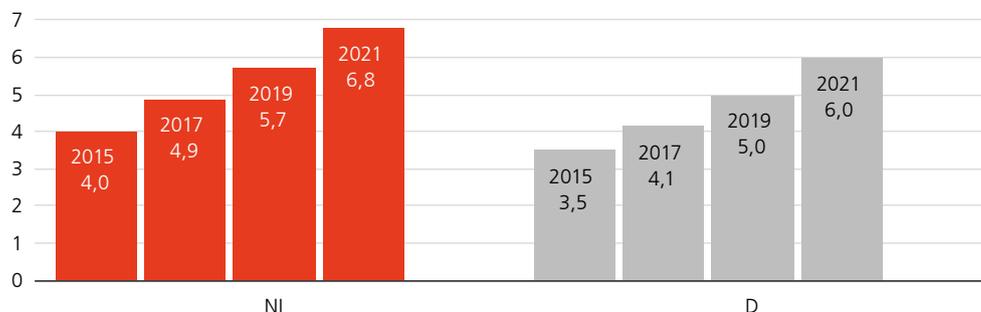
T70

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Im Jahr 2021 waren in Niedersachsen rund 542 900 Menschen pflegebedürftig. Das waren knapp ein Fünftel mehr als 2019 (+19,0 %; zweijährliche Statistik). Bundesweit stieg die Zahl im selben Zeitraum ähnlich stark (+20,2 %) auf fast 5 Mio. Pflegebedürftige.

In Niedersachsen wurde 2021 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,4 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,5 %). Etwa ein Fünftel (20,4 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 21,1 %) und 17,3 % wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt (Deutschland: 16,0 %).

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2015, 2017, 2019 und 2021 – Prozent –



**Pflegequote**  
T70

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2021 gegenüber 2019 in Niedersachsen um 1,1 Prozentpunkte auf 6,8 % (2015: 4,0 %). Nach dem Saarland (7,2 %) verzeichnete Niedersachsen damit die zweithöchste Pflegequote unter den westdeutschen Ländern, während die Quoten in den ostdeutschen Flächenländern noch etwas höher ausfielen (7,3 % bis 7,9 %). Zu erklären ist dies vor allem mit der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Den niedrigsten Wert wies 2021 Bayern mit einer Quote von 4,4 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 6,0 %.

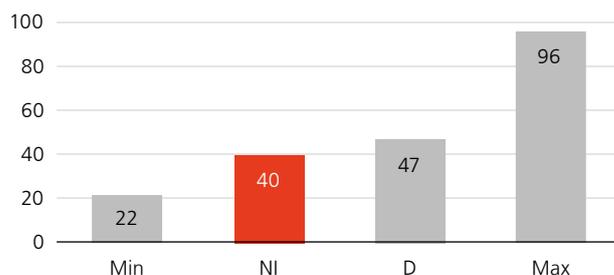
**Vorläufige Schutzmaßnahmen**  
T71

**Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen mit sprunghaftem Anstieg**

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2022 stieg die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2021 stark an, um etwa ein Fünftel (+20,4 %) auf gut 5 500. Bundesweit stieg die Zahl fast doppelt so stark an, um 39,8 % auf rund 66 400 vorläufige Schutzmaßnahmen. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 40 Schutzmaßnahmen, der Bundesdurchschnitt lag bei 47. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (22) und den höchsten Bremen (96).

■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2022 – Anzahl –



Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Niedersachsen war 2022 wie in den Vorjahren die „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (34,8 %). An zweiter Stelle folgten „Sonstige Probleme“ (28,3 %). Der Anteil „unbegleitete Einreise

aus dem Ausland“ verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr beinahe auf 27,0 % beziehungsweise auf knapp 1 500 Anlässe und stellte damit den dritthäufigsten Anlass dar. Dieser starke Anstieg war auch die Hauptursache für den Gesamtanstieg aller Schutzmaßnahmen. Deutschlandweit stellten unbegleitete Einreisen aus dem Ausland mit 43,0 % den bedeutendsten Anlass für die Ergreifung von vorläufigen Schutzmaßnahmen dar. Dies ist als unmittelbare Folge der Migration im Fluchtkontext zu sehen, insbesondere aus Afghanistan und Syrien. Ukrainische Geflüchtete spielten dagegen „offenbar nur eine untergeordnete Rolle“, wie aus dem Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland hervorgeht (siehe Informationen).

### Mehr Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Bei Frauen aus Niedersachsen wurden 2022 knapp 9 000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, das waren 8,2 % mehr als im Jahr zuvor. Bundesweit stieg die Zahl im gleichen Zeitraum um 9,9 % auf gut 103 900. Bei unter 18-Jährigen gab es 2022 in Niedersachsen 252 Schwangerschaftsabbrüche, was einem Anteil von 2,8 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,6 %).

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Zahl der Geborenen (Lebend- und Totgeborene) bezogen, verringern sich die demografischen Effekte. In Niedersachsen kamen 2022 auf 1 000 Geborene 125 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 113. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche 2022 mit 140 je 1 000 Geborene ebenfalls deutlich über dem Wert von 2017 (128). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2022 in Bayern (99), Rheinland-Pfalz (100) und Baden-Württemberg (101). Die höchsten Werte wurden in Berlin (261) und Bremen (238) registriert. Etwa jeder fünfte Eingriff (21,0 %) von Frauen aus Niedersachsen wurde in einem anderen Bundesland vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. Eingriff (8,0 %).

### Schwangerschaftsabbrüche

T72

### Zahl der Straftaten deutlich gestiegen – Wohnungseinbruchdiebstähle nahmen ebenfalls wieder zu

Die Polizei registrierte 2022 in Niedersachsen knapp 524 000 Straftaten und damit ca. 11,0 % mehr als im Vorjahr. Kurzfristig dürfte der Wegfall der insbesondere 2020 und 2021 geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie die Zunahme 2022 nachhaltig beeinflusst haben. Bundesweit war der Anstieg ähnlich hoch, die Zahl der Straftaten stieg 2022 um 11,5 % auf 5,63 Mio. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 528 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 762). Gleichzeitig lag die Aufklärungsquote in Niedersachsen mit 61,7 % über dem Bundesdurchschnitt von 57,3 %, verschlechterte sich jedoch gegenüber dem Vorjahreswert (65,1 %). In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit unter 50 % am niedrigsten.

### Straftaten

T73

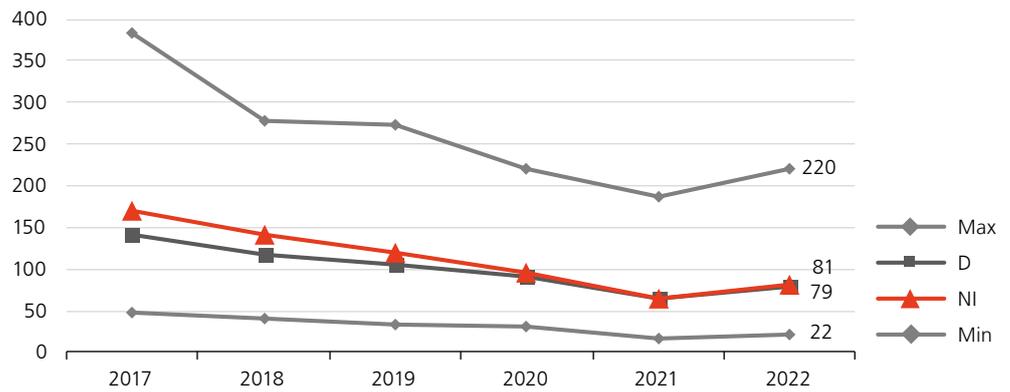
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt wurden 2022 in Niedersachsen 6 510 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Das waren etwa ein Viertel mehr (25,8 %) als im Corona-Jahr 2021, als die Zahl noch ein historisches Tief markierte. Zum Vergleich: Im Vorpandemiejahr 2019 lag die Zahl bei 9 456 Fällen. Deutschlandweit stieg die Zahl der Einbrüche 2022 weniger stark, um 21,5 % auf etwa 65 900. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2022 in Niedersachsen 81 Wohnungseinbruchdiebstähle und in Deutschland 79 (Vorjahr jeweils 65). Am höchsten waren die Werte 2022 in den Stadtstaaten Bremen (220), Berlin (167) und Hamburg (135), am niedrigsten in Bayern (22) und Thüringen (37).

### Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

■ Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2017 bis 2022 – Anzahl –



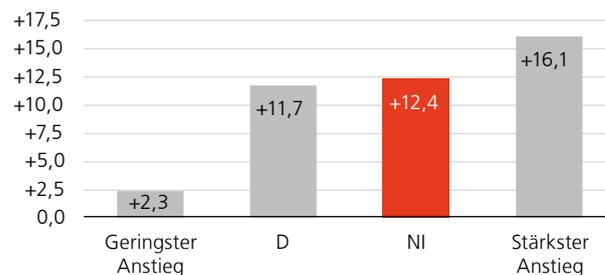
Verunglückte im Straßenverkehr

T74

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr deutlich gestiegen

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 12,4 % auf rund 40 100 gestiegen. Bundesweit verunglückten rund 363 900 Personen und damit 11,7 % mehr als 2021. Im Jahr zuvor wurde noch der tiefste Stand seit Beginn der Statistik festgestellt.

■ Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Bei den Fahrradfahrenden (einschließlich Pedelecs) stieg die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen überdurchschnittlich stark um 18,8 % auf 10 865 (Deutschland: +16,9 % auf 98 330). Bei den Elektrokraftfahrzeugen, wozu vor allem die seit 2019 zugelassenen E-Scooter gehören, registrierte die Polizei 2022 in Deutschland insgesamt 7 427 (Vorjahr: 4 887) Verunglückte, in Niedersachsen waren es 737 (Vorjahr: 442).

Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2022 insgesamt 493 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Hamburg (494) und Schleswig-Holstein (497) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 431). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Vergleichszahl in Niedersachsen um 48, mittelfristig gegenüber 2017 verringerte sie sich jedoch um 49 (Deutschland +40 bzw. -44).

Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2022 in Niedersachsen mit insgesamt 370 Opfern um 5,7 % höher als im Vorjahr. Bundesweit verunglückten 2 788 Menschen tödlich, 8,8 % mehr als 2021.

## Informationen:

### Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Daten und Fakten > Soziales > Sozialberichterstattung > [Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik](#)

### SGB II-Leistungen:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Grundsicherung für Arbeitsuchende > Produkte > Alle Produkte > [Personen/Bedarfsgemeinschaften](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Themen im Fokus > Familien und Kinder > [Kinder in Bedarfsgemeinschaften](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

### Verbraucherinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#) > Publikationen > Insolvenzen > [Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > Statistische Berichte > [D III 1 Insolvenzverfahren](#)

### Pflegebedürftige:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesellschaft und Umwelt > Gesundheit > Pflege > Publikationen > [Pflegebedürftige, Ländervergleich](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Soziales > [Kinderschutz und Kindeswohl](#) > Tabellen > Vorläufige Schutzmaßnahmen
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Service > Publikationen > [Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland](#), insbesondere S. 26 f und S. 32 f
- LSN: Themen > Soziales > Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen > Erzieherische Hilfen, Adoptionen, Pflugschaften, vorl. Schutzmaßnahmen und Gefährdungseinschätzungen > Statistische Berichte > [K I 3 Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen/Ausgaben und Einnahmen](#)

### Schwangerschaftsabbrüche:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesundheit > [Schwangerschaftsabbrüche](#)

### Straftaten:

- Bundeskriminalamt (BKA): Aktuelle Informationen > Statistiken und Lagebilder > Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) > PKS 2022 > PKS-Tabellen > Räumliche Gliederung > Länder > [Falltabellen](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Aktuelles > Presseinformationen > [Presseinformation vom 20.3.2023](#): Polizeiliche Kriminalstatistik 2022: Straftaten steigen nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen erstmals wieder an

### Verunglückte im Straßenverkehr:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt > [Verkehrsunfälle](#) > Publikationen > Verkehrsunfälle jährlich > [Statistischer Bericht: Verkehrsunfälle Zeitreihen 2013–2022](#) (Tab. 46241-03 sowie 46241-10/11/12)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Produkte > Karten > [Unfallatlas](#)
- LSN: Themen > Verkehrsunfälle und Verkehr > Straßenverkehrsunfälle in Niedersachsen > [Tabellen: Straßenverkehrsunfallstatistik Niedersachsen](#)

Autor: Arne Lehmann

## Tabellen Soziales und Sicherheit

### 66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit <sup>1)</sup>		In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einkommenshaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
			unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter					2022/2017	2022/2021	
	2017 <sup>2)</sup>	2021 <sup>3)</sup>	2022 <sup>4)</sup>			€	Prozentpunkte				
			%								
Baden-Württemberg	15,5	16,6	15,8	19,7	19,0	30,2	42,5	43,2	1 257	[x]	-0,8
Bayern	14,9	15,8	15,0	17,4	21,8	27,0	37,6	39,0	1 269	[x]	-0,8
Berlin	17,4	19,8	18,6	23,3	17,9	30,0	40,8	53,9	1 222	[x]	-1,2
Brandenburg	13,1	14,2	13,9	16,8	12,5	[u]	36,2	53,6	1 179	[x]	-0,3
Bremen	18,2	21,3	19,9	28,0	14,3	39,8	36,3	50,9	1 022	[x]	-1,4
Hamburg	18,7	20,0	20,4	27,8	19,1	39,5	44,7	55,4	1 218	[x]	+0,4
Hessen	16,9	18,4	18,1	23,9	18,4	36,0	46,8	47,4	1 201	[x]	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	13,6	14,2	17,8	10,6	[u]	39,7	60,3	1 073	[x]	+0,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,8</b>	<b>17,1</b>	<b>17,1</b>	<b>22,3</b>	<b>17,9</b>	<b>40,6</b>	<b>42,9</b>	<b>48,5</b>	<b>1 167</b>	<b>[x]</b>	<b>[n]</b>
Nordrhein-Westfalen	17,2	18,6	18,7	25,9	17,3	42,3	45,9	49,1	1 166	[x]	+0,1
Rheinland-Pfalz	16,7	16,5	17,3	23,4	20,5	37,1	47,4	43,8	1 188	[x]	+0,8
Saarland	15,7	16,6	17,5	24,5	18,5	40,1	49,5	(57,8)	1 149	[x]	+0,9
Sachsen	12,4	13,1	12,5	15,3	9,1	[u]	33,4	61,8	1 080	[x]	-0,6
Sachsen-Anhalt	14,3	14,8	14,9	21,1	10,2	[u]	41,1	64,5	1 072	[x]	+0,1
Schleswig-Holstein	15,8	16,4	16,4	22,5	15,3	38,8	41,7	49,0	1 178	[x]	[n]
Thüringen	11,8	13,4	13,6	17,9	9,9	[u]	34,0	55,9	1 067	[x]	+0,2
<b>Deutschland</b>	<b>15,8</b>	<b>16,9</b>	<b>16,7</b>	<b>21,6</b>	<b>17,5</b>	<b>35,3</b>	<b>42,9</b>	<b>49,2</b>	<b>1 189</b>	<b>[x]</b>	<b>-0,2</b>

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2017 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.

3) Endergebnis 2021; die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.

4) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

Quelle: Mikrozensus

### 67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften<sup>1)</sup>

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen <sup>2)</sup>	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen <sup>3)</sup>			Anteil minderjähriger Kinder in BG an der Bevölkerung <sup>4)</sup>	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022		2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%			
Baden-Württemberg	479 037	426 094	493 127	21 045	5,4	4,8	5,4	9,2	+2,9	+15,7
Bayern	456 625	389 178	456 696	23 957	4,4	3,7	4,3	7,2	+0,0	+17,3
Berlin	541 507	474 447	468 325	18 553	18,4	15,8	15,2	25,1	-13,5	-1,3
Brandenburg	201 676	145 834	154 017	8 548	10,5	7,6	7,9	11,5	-23,6	+5,6
Bremen	104 720	96 468	99 513	4 312	19,4	17,9	18,2	31,3	-5,0	+3,2
Hamburg	193 052	180 861	193 620	8 023	12,8	11,8	12,3	20,6	+0,3	+7,1
Hessen	447 831	393 101	424 227	17 880	9,0	7,8	8,3	14,2	-5,3	+7,9
Mecklenburg-Vorpommern	156 449	110 553	117 173	8 386	12,7	9,1	9,6	14,3	-25,1	+6,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>607 553</b>	<b>516 072</b>	<b>563 377</b>	<b>28 782</b>	<b>9,7</b>	<b>8,2</b>	<b>8,8</b>	<b>14,6</b>	<b>-7,3</b>	<b>+9,2</b>
Nordrhein-Westfalen	1 731 827	1 548 501	1 624 399	69 935	12,1	10,9	11,2	18,5	-6,2	+4,9
Rheinland-Pfalz	245 026	209 717	229 199	12 391	7,6	6,5	7,0	11,9	-6,5	+9,3
Saarland	91 232	78 391	83 584	3 668	11,9	10,4	11,0	19,4	-8,4	+6,6
Sachsen	313 934	233 155	254 174	15 164	10,3	7,8	8,3	12,1	-19,0	+9,0
Sachsen-Anhalt	236 232	171 229	182 412	11 949	14,2	10,7	11,3	17,4	-22,8	+6,5
Schleswig-Holstein	233 117	192 054	201 620	10 466	10,4	8,5	8,8	14,5	-13,5	+5,0
Thüringen	153 589	111 758	123 206	7 400	9,5	7,1	7,8	12,3	-19,8	+10,2
<b>Deutschland</b>	<b>6 193 407</b>	<b>5 277 413</b>	<b>5 668 669</b>	<b>270 459</b>	<b>9,4</b>	<b>8,0</b>	<b>8,5</b>	<b>14,0</b>	<b>-8,5</b>	<b>+7,4</b>

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2021.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juni 2023; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2023

## 68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung <sup>1)</sup> insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt		männlich	weiblich			
	2016	2020	2021 <sup>2)</sup>	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	645 134	583 721	563 455	5,9	5,3	5,1	5,2	5,0	-12,7	-3,5
Bayern	662 409	588 272	564 484	5,1	4,5	4,3	4,4	4,2	-14,8	-4,0
Berlin	671 169	598 751	573 151	18,8	16,3	15,6	16,5	14,7	-14,6	-4,3
Brandenburg	254 029	194 412	180 166	10,2	7,7	7,1	7,8	6,5	-29,1	-7,3
Bremen	122 494	120 110	115 524	18,0	17,7	17,1	17,3	16,9	-5,7	-3,8
Hamburg	247 213	246 317	235 702	13,7	13,3	12,7	13,1	12,4	-4,7	-4,3
Hessen	586 177	530 405	514 374	9,4	8,4	8,2	8,3	8,0	-12,2	-3,0
Mecklenburg-Vorpommern	190 600	141 187	131 691	11,8	8,8	8,2	9,0	7,3	-30,9	-6,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>768 718</b>	<b>684 861</b>	<b>655 534</b>	<b>9,7</b>	<b>8,6</b>	<b>8,2</b>	<b>8,4</b>	<b>8,0</b>	<b>-14,7</b>	<b>-4,3</b>
Nordrhein-Westfalen	2 150 035	1 946 827	1 880 999	12,0	10,9	10,5	10,7	10,3	-12,5	-3,4
Rheinland-Pfalz	310 762	279 500	266 542	7,6	6,8	6,5	6,6	6,4	-14,2	-4,6
Saarland	107 950	98 708	94 065	10,8	10,0	9,6	9,9	9,2	-12,9	-4,7
Sachsen	383 898	292 025	274 866	9,4	7,2	6,8	7,4	6,2	-28,4	-5,9
Sachsen-Anhalt	279 753	207 143	193 378	12,5	9,5	8,9	9,7	8,2	-30,9	-6,6
Schleswig-Holstein	296 061	263 656	247 773	10,3	9,1	8,5	8,8	8,1	-16,3	-6,0
Thüringen	184 018	141 415	131 226	8,5	6,7	6,2	6,7	5,8	-28,7	-7,2
<b>Deutschland</b>	<b>7 860 420</b>	<b>6 917 315</b>	<b>6 622 940</b>	<b>9,5</b>	<b>8,3</b>	<b>8,0</b>	<b>8,2</b>	<b>7,7</b>	<b>-15,7</b>	<b>-4,3</b>

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (5er-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

2) Untererfassung in Brandenburg in Höhe von ca. 3 500 Personen.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

## 69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	6 188	7 196	5 640	5,6	6,5	5,0	-8,9	-21,6
Bayern	7 020	7 104	5 618	5,4	5,4	4,2	-20,0	-20,9
Berlin	3 367	3 573	3 251	9,4	9,8	8,7	-3,4	-9,0
Brandenburg	2 767	2 648	2 334	11,1	10,5	9,1	-15,6	-11,9
Bremen	1 122	1 346	997	16,5	19,9	14,7	-11,1	-25,9
Hamburg	1 939	2 276	2 085	10,6	12,3	11,1	+7,5	-8,4
Hessen	3 997	5 053	4 589	6,4	8,0	7,2	+14,8	-9,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 724	2 111	1 679	10,7	13,1	10,3	-2,6	-20,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>10 355</b>	<b>11 733</b>	<b>9 538</b>	<b>13,0</b>	<b>14,6</b>	<b>11,8</b>	<b>-7,9</b>	<b>-18,7</b>
Nordrhein-Westfalen	18 167	20 506	17 174	10,2	11,5	9,5	-5,5	-16,2
Rheinland-Pfalz	3 209	3 525	2 923	7,9	8,6	7,0	-8,9	-17,1
Saarland	1 346	1 320	1 045	13,5	13,4	10,6	-22,4	-20,8
Sachsen	3 086	3 698	3 029	7,6	9,1	7,4	-1,8	-18,1
Sachsen-Anhalt	2 626	2 175	2 138	11,8	10,0	9,8	-18,6	-1,7
Schleswig-Holstein	3 237	3 655	2 938	11,2	12,5	10,0	-9,2	-19,6
Thüringen	1 746	1 701	1 450	8,1	8,1	6,8	-17,0	-14,8
<b>Deutschland</b>	<b>71 896</b>	<b>79 620</b>	<b>66 428</b>	<b>8,7</b>	<b>9,6</b>	<b>7,9</b>	<b>-7,6</b>	<b>-16,6</b>

## 70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt <sup>1)</sup>			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2015	2019	2021		2015	2019	2021	2021/2015	2021/2019
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	328 297	471 913	540 401	61,6	3,0	4,3	4,9	+64,6	+14,5
Bayern	348 253	491 996	578 147	62,0	2,7	3,7	4,4	+66,0	+17,5
Berlin	116 424	158 482	185 528	61,2	3,3	4,3	5,0	+59,4	+17,1
Brandenburg	111 595	153 971	184 646	61,1	4,5	6,1	7,3	+65,5	+19,9
Bremen	24 787	34 576	42 048	62,9	3,7	5,1	6,2	+69,6	+21,6
Hamburg	52 649	77 325	90 288	61,4	2,9	4,2	4,9	+71,5	+16,8
Hessen	223 579	310 653	368 396	62,2	3,6	4,9	5,9	+64,8	+18,6
Mecklenburg-Vorpommern	79 145	102 996	122 866	61,0	4,9	6,4	7,6	+55,2	+19,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>317 568</b>	<b>456 255</b>	<b>542 904</b>	<b>61,8</b>	<b>4,0</b>	<b>5,7</b>	<b>6,8</b>	<b>+71,0</b>	<b>+19,0</b>
Nordrhein-Westfalen	638 103	964 987	1 191 981	62,3	3,6	5,4	6,6	+86,8	+23,5
Rheinland-Pfalz	132 283	202 708	241 364	62,1	3,3	5,0	5,9	+82,5	+19,1
Saarland	37 991	55 318	70 556	62,9	3,8	5,6	7,2	+85,7	+27,5
Sachsen	166 792	250 812	310 674	62,4	4,1	6,2	7,7	+86,3	+23,9
Sachsen-Anhalt	99 119	129 672	166 348	62,1	4,4	5,9	7,7	+67,8	+28,3
Schleswig-Holstein	89 428	130 349	158 546	60,2	3,1	4,5	5,4	+77,3	+21,6
Thüringen	94 280	135 592	166 453	61,4	4,3	6,4	7,9	+76,6	+22,8
<b>Deutschland</b>	<b>2 860 293</b>	<b>4 127 605</b>	<b>4 961 146</b>	<b>61,9</b>	<b>3,5</b>	<b>5,0</b>	<b>6,0</b>	<b>+73,4</b>	<b>+20,2</b>

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

## 71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche <sup>1)</sup>			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche <sup>2)</sup>			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	7 683	4 763	7 702	41	25	39	+0,2	+61,7
Bayern	4 421	4 159	4 917	21	19	22	+11,2	+18,2
Berlin	2 930	2 341	4 454	50	38	70	+52,0	+90,3
Brandenburg	2 312	1 827	2 177	60	45	52	-5,8	+19,2
Bremen	1 201	850	1 123	110	75	96	-6,5	+32,1
Hamburg	2 214	1 616	2 376	73	51	73	+7,3	+47,0
Hessen	4 491	4 214	6 483	43	39	59	+44,4	+53,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 592	1 225	1 432	66	50	56	-10,1	+16,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>5 321</b>	<b>4 583</b>	<b>5 518</b>	<b>40</b>	<b>34</b>	<b>40</b>	<b>+3,7</b>	<b>+20,4</b>
Nordrhein-Westfalen	15 951	12 193	16 546	53	40	53	+3,7	+35,7
Rheinland-Pfalz	2 123	1 819	2 667	32	27	38	+25,6	+46,6
Saarland	580	673	457	40	46	30	-21,2	-32,1
Sachsen	4 197	2 515	4 186	66	39	63	-0,3	+66,4
Sachsen-Anhalt	1 266	1 362	1 700	39	42	51	+34,3	+24,8
Schleswig-Holstein	3 350	2 102	3 014	71	44	62	-10,0	+43,4
Thüringen	1 751	1 281	1 692	54	40	51	-3,4	+32,1
<b>Deutschland</b>	<b>61 383</b>	<b>47 523</b>	<b>66 444</b>	<b>45</b>	<b>34</b>	<b>47</b>	<b>+8,2</b>	<b>+39,8</b>

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

## 72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Darunter im Wohnland	Häufigkeitszahl je 1 000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	9 505	9 833	10 613	89,5	88	86	101	+14,6	+17,2
Bayern	12 143	11 579	12 406	93,8	96	86	99	+3,2	+15,3
Berlin	9 289	8 205	9 383	99,4	230	209	261	+13,5	+25,3
Brandenburg	3 287	3 138	3 113	85,1	161	164	178	+10,6	+8,4
Bremen	1 467	1 382	1 614	88,4	209	197	238	+14,3	+20,8
Hamburg	3 302	3 349	3 465	97,6	156	159	181	+16,2	+14,0
Hessen	8 321	7 688	8 534	97,2	136	124	148	+9,0	+19,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 463	2 072	2 244	97,2	187	174	206	+10,0	+18,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>8 308</b>	<b>8 293</b>	<b>8 976</b>	<b>79,0</b>	<b>113</b>	<b>108</b>	<b>125</b>	<b>+10,6</b>	<b>+16,0</b>
Nordrhein-Westfalen	21 869	19 887	22 558	98,1	127	113	136	+7,8	+20,9
Rheinland-Pfalz	3 759	3 121	3 707	58,2	100	80	100	+0,4	+25,0
Saarland	1 311	1 339	1 485	98,8	157	160	189	+20,5	+18,3
Sachsen	5 580	5 050	5 515	98,7	151	154	187	+24,1	+21,3
Sachsen-Anhalt	3 310	3 075	3 132	95,0	185	191	215	+16,4	+12,5
Schleswig-Holstein	3 248	3 191	3 533	89,6	129	126	147	+13,9	+17,1
Thüringen	2 984	2 824	3 034	93,2	164	183	214	+30,2	+16,9
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>101 209</b>	<b>94 596</b>	<b>103 927</b>	<b>92,0</b>	<b>128</b>	<b>118</b>	<b>140</b>	<b>+9,0</b>	<b>+18,3</b>

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

## 73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt				Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl <sup>1)</sup>		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt		
	erfasste Fälle		Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>	2022/2017	2022/2021	
	2017	2021							2022
	Anzahl			%	Anzahl		%		
Baden-Württemberg	579 953	486 331	550 008	4 944	61,4	4 508	41	-5,2	+13,1
Bayern	629 512	543 680	619 089	4 698	67,7	2 844	22	-1,7	+13,9
Berlin	520 437	482 127	519 822	14 135	44,9	6 155	167	-0,1	+7,8
Brandenburg	175 003	158 964	170 204	6 707	56,5	2 506	99	-2,7	+7,1
Bremen	81 176	75 966	79 713	11 784	45,5	1 486	220	-1,8	+4,9
Hamburg	225 947	186 403	211 239	11 394	46,2	2 506	135	-6,5	+13,3
Hessen	375 632	336 030	368 579	5 855	63,7	4 275	68	-1,9	+9,7
Mecklenburg-Vorpommern	110 337	104 452	106 559	6 614	62,5	805	50	-3,4	+2,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>526 120</b>	<b>472 096</b>	<b>523 996</b>	<b>6 528</b>	<b>61,7</b>	<b>6 510</b>	<b>81</b>	<b>-0,4</b>	<b>+11,0</b>
Nordrhein-Westfalen	1 373 390	1 201 472	1 366 601	7 624	52,0	23 528	131	-0,5	+13,7
Rheinland-Pfalz	251 713	217 305	241 779	5 888	64,5	2 515	61	-3,9	+11,3
Saarland	70 860	58 651	68 139	6 936	59,8	1 006	102	-3,8	+16,2
Sachsen	323 136	246 615	267 312	6 612	58,4	2 090	52	-17,3	+8,4
Sachsen-Anhalt	186 552	170 464	178 450	8 226	54,6	1 716	79	-4,3	+4,7
Schleswig-Holstein	188 979	176 893	221 183	7 570	61,1	2 675	92	+17,0	+25,0
Thüringen	143 237	130 411	135 911	6 445	63,2	783	37	-5,1	+4,2
<b>Deutschland</b>	<b>5 761 984</b>	<b>5 047 860</b>	<b>5 628 584</b>	<b>6 762</b>	<b>57,3</b>	<b>65 908</b>	<b>79</b>	<b>-2,3</b>	<b>+11,5</b>

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2021.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 13.3.2023

## 74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	47 758	37 793	42 551	350	433	340	377	-10,9	+12,6
Bayern	70 267	57 126	62 300	519	541	434	466	-11,3	+9,1
Berlin	17 420	14 782	16 315	34	482	402	434	-6,3	+10,4
Brandenburg	11 525	10 186	10 682	112	460	401	415	-7,3	+4,9
Bremen	3 931	3 102	3 332	10	577	459	487	-15,2	+7,4
Hamburg	9 611	8 147	9 345	24	525	439	494	-2,8	+14,7
Hessen	28 438	22 359	24 967	208	455	355	391	-12,2	+11,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 894	5 985	6 332	83	428	371	389	-8,2	+5,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>43 122</b>	<b>35 693</b>	<b>40 119</b>	<b>370</b>	<b>542</b>	<b>445</b>	<b>493</b>	<b>-7,0</b>	<b>+12,4</b>
Nordrhein-Westfalen	77 861	67 901	78 391	452	435	379	432	+0,7	+15,4
Rheinland-Pfalz	19 300	15 455	17 388	139	474	376	418	-9,9	+12,5
Saarland	4 837	4 084	4 177	30	487	416	421	-13,6	+2,3
Sachsen	16 995	14 109	16 378	118	416	349	401	-3,6	+16,1
Sachsen-Anhalt	10 535	8 727	9 789	152	474	402	448	-7,1	+12,2
Schleswig-Holstein	16 255	13 858	14 676	102	562	474	497	-9,7	+5,9
Thüringen	8 743	6 384	7 180	85	406	303	338	-17,9	+12,5
<b>Deutschland</b>	<b>393 492</b>	<b>325 691</b>	<b>363 922</b>	<b>2 788</b>	<b>475</b>	<b>391</b>	<b>431</b>	<b>-7,5</b>	<b>+11,7</b>